

Indonesien am Wendepunkt? Zur aktuellen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Situation

Münster, 19. – 20. Januar 2001

Bricht Indonesien auseinander? Zwei Jahre nach dem Rücktritt Suhartos droht dem Archipel eine ähnliche Entwicklung wie der Sowjetunion oder Jugoslawien. Sowohl in Aceh als auch in Irian Jaya versuchen Autonomiegruppen, ihre Provinzen in die Unabhängigkeit zu führen. Darüber hinaus ist Indonesien seit Januar 1999 mit einem religiös motivierten Konflikt zwischen Muslimen und Christen auf den Molukken konfrontiert. Ein Zerfall Indonesiens in mehrere Staaten hätte jedoch für die Sicherheitssituation in der Region weitreichende Auswirkungen. Neben der Gefährdung der staatlichen Integrität verharrt auch das politische System des Landes in der Krise, und die sozialen Verwerfungen der Asienkrise zeigen sich von Tag zu Tag deutlicher. Die vielfältigen Krisenerscheinungen bieten Anlass genug, die politische Situation des Archipels einer genaueren Analyse zu unterziehen.

Mit der Tagung "Indonesien am Wendepunkt – zur aktuellen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Situation" wurde an eine Tagung vom Januar 2000 angeknüpft, die sich mit ausgewählten Aspekten der politischen Transformation des Inselstaates auseinandergesetzt hatte. Ein Jahr später wurde nun diese Veranstaltung im Rahmen des neu initiierten Münsteraner Asien – Pazifik Forums (MAPF) fortgesetzt. Das Asien-Pazifik Forum ist ein Kooperationsprojekt zwischen dem Institut für Politikwissenschaft der Universität Münster und der Akademie Franz Hitze Haus und soll dem regelmäßigen Austausch über die aktuellen politischen Probleme in der Region dienen. Nach Tagungen zur politischen Situation in Kambodscha und Vietnam war dies nun bereits die zweite Tagung, die sich mit Indonesien beschäftigte.

Eingeleitet wurde die Veranstaltung von Professor Dr. Ingrid Wessel (Humboldt Universität Berlin). In ihrem Vortrag "*Auf dem Weg der Stabilisierung? Indonesien unter der Präsidentschaft Abdurrahmans Wahid*" zeichnete sie ein sehr düsteres Bild der gegenwärtigen politischen Situation. Auf dem Feld der Ökonomie hätte das Land grundlegende, vom IWF geforderte Reformen noch nicht eingeleitet und hinke deshalb dem in der Region stattfindenden Aufschwung hinterher. Politisch zeichne sich die Regierung Wahid durch ein typisches "muddling through" aus. Oftmals gegensätzliche und sich widersprechende Äußerungen des Präsidenten und die Untätigkeit der Regierung angesichts zunehmender sozialer und politischer Probleme würden die Wahid- Administration immer weiter in Misskredit bringen. Auch die informellen Spielregeln scheinen sich unter dem neuen Präsidenten fortzusetzen: Wahid steht derzeit wegen Korruption und Vetternwirtschaft in der Kritik. Ein grundlegendes Defizit der bisherigen demokratischen Ära sei der Mangel an Reformperspektiven – die politische Elite des Landes könne sich bislang nicht auf eine grundlegende Reform des politischen Systems einigen. Statt dessen seien die alten Konflikte zwischen den rivalisierenden Führern wieder aufgebrochen und die Tagespolitik sei durch Machtkämpfe gekennzeichnet. Fehlende Visionen und ein Mangel an Konsens kennzeichne die politische Führung des Landes – Untätigkeit und mangelnde Reformen sind die Folge. Wenn die Untätigkeit der demokratischen Regierung auch im Zuge steigender ethnischer und religiöser Spannungen anhält, dann kann ein Eingreifen des Militärs nicht ausgeschlossen werden.

Unter dem Titel *"Leistung und Scheitern des indonesischen Staatspräsidenten 1968 – 1998"* zog Dr. Renate Strassner von der Universität München eine Bilanz der Amtszeit Suhartos. Seine Herrschaft basierte vor allem auf zwei Säulen: Der Akzeptanz traditioneller Strukturen zur Legitimierung der eigenen Herrschaft einerseits (javanisches Weltbild) sowie einem Machtvakuum im inneren Zirkel um Suharto andererseits. Die das Regime stützenden Kräfte von Golkar, Militär und Beamten wurden durch jeweiliges Ausbalancieren vom Zentrum der Macht ferngehalten. Mit Hilfe einer Entideologisierung und Entpolitisierung schaffte es Suharto, selbst in Zeiten ökonomischen Wachstums und sozialen Wandels die Entstehung einer mächtigen Protestbewegung zu verhindern. Seine Legitimität beruhte jedoch vor allem auf dem wirtschaftlichen Wachstum. Als die ökonomische Legitimationszufuhr jedoch ausblieb, fielen die das Regime stützenden Gruppen von ihm ab und das Herrschaftsgebilde fiel in sich zusammen. Gerade die Entpolitisierung und Entideologisierung stellen dabei eine schwere Hypothek für die noch junge Demokratie dar.

Howard Loewen M.A. (Universität Münster) fragte in seinem Vortrag, ob *Indonesien mit Irian Jaya/West-Papua vor einer erneuten Sezession* stehe. Angesichts der fehlenden internationalen Unterstützung für eine Unabhängigkeit Irian Jayas sei kurz- und mittelfristig nicht mit einer Abspaltung der Provinz zu rechnen. Die internationale Gemeinschaft unterstütze derzeit die Integrität des indonesischen Nationalstaates. Damit sei das Zeitfenster für eine weitere Sezession geschlossen worden, das durch das institutionelle Vakuum der Habibie Regierung geöffnet worden sei. Im Falle Ost Timors hätten diese beiden Faktoren letztendlich die Sezession herbeigeführt: die internationale Gemeinschaft hätte die Okkupation Ost-Timors nie anerkannt; durch den Sturz Suhartos und die schwache Legitimität der Habibie Interimsregierung hätten die Ost-Timorenen ihre Unabhängigkeit erkämpfen können. Das institutionelle Vakuum sei zwar durch die Schwäche der Zentralregierung noch vorhanden, die internationale Unterstützung bislang jedoch nicht. Die Unabhängigkeitsbewegung der OPM (Organisasi Papua Merdeka) habe deshalb ihre Forderung bislang nicht durchsetzen können.

"Die Rolle des Militärs im gegenwärtigen Transformationsprozess" beleuchtete Dr. habil Wolfgang Heinz (Berlin). Dem Militär kommt in diesem Prozess eine Schlüsselrolle zu. Aufgrund des historischen Selbstverständnisses als Geburtshelfer der indonesischen Nation und der stabilisierenden Rolle, die das Militär während der politischen Krisen in den Jahren 1965/66 gespielt habe, sei auch in naher Zukunft nicht mit einem unpolitischen Militär zu rechnen. Zwar hätte es in den vergangenen zwei Jahren eine ganze Reihe positiver Entwicklungen gegeben. Das Militär hat 1998 seine Doppelfunktion (*dwi fungsi*) aufgegeben und sich auch institutionell gewandelt (von ABRI zu TNI). Zusätzlich wurde das Militär unter Präsident Abdurrahman Wahid unter zivile Führung gestellt, mit Sudarsono, Mafut waren jeweils Zivilisten Verteidigungsminister. In zentralen Bereichen konnte die Macht des Militärs bislang nicht eingeschränkt werden, was auch dem Fehlen eines umfassenden Reformansatzes der Präsidentschaft Wahids anzukreiden ist. Die Personalpolitik wird in Teilen des Militärs als subjektiv und unangemessen abgelehnt, das Militär verfügt weiterhin über eine sehr hohe Anzahl an Kabinettsposten. Darüber hinaus ist es bislang nicht zu durchgreifenden Strukturreformen des Militärs gekommen: eine

Reform der entlang dem Verwaltungsaufbau laufenden Territorialstruktur der Armee wurde zwar diskutiert, letztendlich aber nicht durchgeführt. Die Präsenz des Militärs im MPR und in den Parlamenten auf Provinz- und Distriktebene wurde in der letzten MPR Sitzung bis zum Jahr 2009 festgeschrieben. Wesentlich ist überdies, dass das Militär für die unter Suharto begangenen Menschenrechtsverletzungen nicht zur Rechenschaft gezogen worden ist. Die Mängel des Rechtssystems und der fehlende politische Wille hätten bislang eine Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen nicht zugelassen.

In der abschließenden Diskussion unter der Leitung von Professorin Susanne Feske (Universität Münster) stand insbesondere die Frage nach der staatlichen Zukunft des Archipels im Mittelpunkt. Kurzfristig bestünde zwar keine Gefahr eines Auseinanderbrechens des Landes. Mittel – und langfristig steigen bei weiterer Untätigkeit der politischen Führung die Gefahren einer staatlichen Fragmentierung an. Der internationalen Gemeinschaft kommt in dieser Frage eine Schlüsselrolle zu. Bislang sind weitere autonome Provinzen kein Thema – bei einer Änderung der Haltung der internationalen Gemeinschaft zur Autonomie der nach Unabhängigkeit strebenden Provinzen könnte jedoch erneut ein "Sezessionsfenster" entstehen, was eine weitere Desintegration des Archipels fördern würde. Negativ beurteilt wurde die Zukunft der weiteren Demokratisierung des Landes. Gerade wegen der dreißigjährigen Entpolitisierung der indonesischen Gesellschaft müssten für eine demokratische Konsolidierung mit längeren Zeithorizonten gerechnet werden. Parteien und zivilgesellschaftliche Organisationen zeitigten unverkennbare Funktionsdefizite, sie sind häufig personenzentriert und durch Netzwerke gekennzeichnet. Eine positive und Hoffnung machende Entwicklung stellt jedoch die seit dem 1. Januar eingeführte Dezentralisierung dar. Die geplante Devolution der Macht öffnet neue Partizipationskanäle und bietet die Chancen einer tiefgreifenden Reform. Hier wird sich auch die Stellung der regionalen Militärkommandos neu etablieren müssen, da neue politische Eliten in den Regionen an die Macht strebten.

Das Münsteraner Asien – Pazifik Forum wird im Herbst diesen Jahres mit einer Tagung zur Außenpolitik Japans und Deutschlands fortgesetzt und im November die politische Situation auf den Philippinen beleuchten.

Marco Bunte

Internationales Symposium "Religion and National Identity in the Japanese Context"

Tübingen, 1.-3. Februar 2001

Anfang Februar fand in Tübingen das von der DFG geförderte 3. Internationale Symposium des 'Arbeitskreis Japanische Religionen' statt. Die vom Tübinger Seminar für Japanologie organisierte Tagung befasste sich vor allem mit der Rolle der Religion für das nationale japanische Selbstverständnis und die insgesamt 16 Referenten aus Deutschland, Japan, England, Österreich und den USA gaben einen ebenso fundierten wie thematisch und zeitlich weit gefächerten Einblick in die Ver-